



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

167 (8.4.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333208](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333208)

# General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich, vierteljährlich 2.00, halbjährlich 3.50, jährlich 6.50, Ausland 8.00, Einzelnummer 6 Pf.

Inserate

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pf., Ausdrückte Inserate . . . 30, Die Restzeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesetzlich und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseratenannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummer

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Annahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion . . . . . 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 818

Nr. 167.

Mittwoch, 8. April 1908.

(Abendblatt.)

### Aufmarsch.

Die preussischen Landtagswahlen, deren Ausgang von so ungewöhnlicher Bedeutung für Konservative und Liberale, für Bismarck und Block sein wird, lenken mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich, je mehr die Wahlbewegung in Fluss kommt.

Wir heben aus den vorliegenden Nachrichten einige von allgemeinem Interesse heraus.

Ueber die amtlichen Vorbereitungen für die Landtagswahl wird bekannt:

Das Ministerium des Innern hat an die Kommunal- und Gemeindeverwaltungen Preussens durch die Landräthe die Aufforderung gelangen lassen, die Wählerlisten bis Ostern aufzustellen und sie an noch näher zu bestimmenden Terminen Ende des Monats zur Einsicht auszuliegen. Die Bekanntgabe des Wahltermins für die Wahlmännerwahlen wird nach der „Post“ kurz vor Ostern erfolgen. — Es ist schon bekannt geworden, daß die Wählerlisten in Berlin vom 26. bis 28. April zur Auslegung gelangen sollen; so wird es also auch wohl in den anderen Orten sein.

Die Aufstellung eigener Wahlmänner empfiehlt die „Kreuzzeitg.“ ihren Vorzeigegenossen möglichst in allen Wahlkreisen: Sie schreibt:

Bei den diesjährigen Landtagswahlen wird demgemäß die konservative Partei darauf Bedacht zu nehmen haben, daß sie sich in möglichst zahlreichen Wahlkreisen so stark macht, wie sie nur immer kann, um auch dort, wo sie keine Aussicht hat, mit einem eigenen Kandidaten durchzubringen, auf den Gang der Wahlbewegung und auf die Lösung der Kandidatenfrage einen für unsere Sache günstigen Einfluß auszuüben. Unsere Parteifreunde sollten sich also entschließen, in allen Wahlkreisen, in denen sie nur immer über Anhang in der Bevölkerung verfügen, Wahlmänner aufzustellen. Es kann leicht der Fall eintreten, daß auch eine kleine Zahl von Wahlmännern den Ausschlag gibt, daß also die konservative Macht, sei sie im Wahlkreise auch noch so bescheiden, das Sagen in der Wahl bildet. Ein solches Vorgehen in ausichtslosen Wahlbezirken kann die Stellung unserer Parteimitglieder in zweifelhaften Kreisen stärken und manchen Erfolg ermöglichen.

Es wird sich bekanntlich um ein heftiges Ringen zwischen Konservativen und Liberalen handeln und die Konservativen werden aller Wahrscheinlichkeit nach keinen leichten Stand haben. Man begreift daher schon, daß sie alle Möglichkeiten auszunutzen suchen, begreift aber auch, daß ebenso die liberalen Parteien, die Reserven gewinnen wollen und müssen, um der Reform des preussischen Wahlrechts willen, an Ausbeutung der Kräfte nicht hinter den Konservativen zurückbleiben wollen. Die „Freisinnige Stg.“ greift die Anregung der „Kreuzzeitg.“ auf und schreibt:

Was hier von der konservativen Partei gesagt wird, gilt in demselben Maße auch für die Freisinnigen, und wir hoffen, daß unsere Parteifreunde im Lande aus den obigen Worten der „Kreuzzeitung“ für sich selbst gleichfalls die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen werden.

So werden wir wohl ein energisches Sichmessen der Konservativen und liberalen Kräfte erleben unter voller Ausnutzung der verfügbaren Kruppen. Um so sicherer werden

wir dann nach den Wahlen erkennen können, ob auch in Preußen der Liberalismus auf dem Vormarsch.

Dem Zusammengehen der Reformfreunde von den Freisinnigen bis zu den Freikonservativen haben wir von Anfang an das Wort geredet. Es wird erfreulicherweise vielfach stattfinden.

Für Wiesbaden-Unterhainhausen hat eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung jetzt den bisherigen Vertreter Abg. Hartling wieder als Kandidaten nominiert. Hartling erklärte die Annahme der Kandidatur und gab einen politischen Ueberblick, in dem er der „Wiesb. Stg.“ zufolge ausführte, daß auch die Nationalliberalen eine Reform des Landtagswahlrechts anstreben, nur nicht mit einem gleichen Wahlrecht; die Hauptfrage sei die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts und Anerkennung der Wahlkreiseinteilung. Mitgeteilt wurde ein Schreiben aus Wiesbaden, wonach die Wahlvereine der Freisinnigen Volkspartei im Rheingau beschlossene haben, bei der bevorstehenden Landtagswahl einen nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen, der mindestens für das geheime und direkte Wahlrecht und eine zeitgemäße Wahlkreiseinteilung einzutreten sich verpflichtet.

Ferner: In Rassel-Wigenhausen haben die Nationalliberalen den bisherigen Abgeordneten Dr. Schröder wieder aufgestellt, der, wie es heißt, von der freisinnigen Volkspartei unterstützt werden wird.

In dem bisher ausschließlich freikonservativ vertretenen Wahlkreis Waldenburg-Neichenbach haben die Freisinnigen und Nationalliberalen ein Abkommen getroffen, demzufolge sie ihre Stimmen auf den freisinnigen Kandidaten Justizrat Albers-Preßlau und die nationalliberalen Kandidaten Ortsbestyrer Marx-Niederhemsdorf und Oberlehrer Rosenhauer-Waldenburg vereinigen.

Recht unsicher scheint bedauerlicherweise die Lage noch in Schleswig-Holstein zu sein. Nach einer Nachricht, die wir in der gestrigen Abendnummer des „Verl. Tagebl.“ finden, seien die Verhandlungen zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen in Schleswig-Holstein dem Anschein nach gescheitert. Das der freisinnigen Vereinigung nahesteheende Blatt gibt den Nationalliberalen die Schuld:

Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß sich die dortigen nationalliberalen Vereine von den Konservativen, die selbst im Lande gar keine eigentliche Organisation haben, in einer Weise desormunden und ins Schlepptau nehmen lassen, daß mit ihnen keine Vereinbarungen getroffen werden können, die für die Begünstigung des konservativen Bestandes — und das sind nicht weniger als zwölf Landtagsmandate — in Betracht kommen können. Infolgedessen haben sich die Freisinnigen in Alsenburg in Dr. Deub einen eigenen Kandidaten definitiv aufgestellt.

Wir sind objektiv genug, den Nationalliberalen nicht unter allen Umständen Recht zu geben. Der Fall bedarf der Aufklärung, wir wollen abwarten, was die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins zur Meinung des „Verl. Tagebl.“ zu sagen haben werden. Bisherig und hoffentlich, wird sich doch noch der Friede schließen lassen zwischen den liberalen Parteien, die, wo irgend die besonderen örtlichen Umstände es ermög-

lichen, gerade bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zusammengehören.

Nach der „Post, Stg.“ hätte das Zentrum in Sagen-Schweim den Nationalliberalen seine Unterstützung ohne irgendwelche Gegenleistung angeboten, damit der Kreis den Freisinnigen entrispen werde, und die Offerte scheine auf günstigen Boden gefallen zu sein. Wir wollen abwarten, ob dies „Schauspiel für Götter“, — Zentrum und Nationalliberale Hand in Hand — sich abspielen wird. Möchten es nicht glauben, und würden es vorkommendenfalls bedauern und beurteilen.

Hand in Hand aber werden wir Zentrum und Polen bestimmen sehen. Nicht nur im Osten, auch im Westen. In einer großen Versammlung der Dortmunder Zentrumspartei erklärte der Führer der Partei, daß das in Schlesien abgeschlossene Kompromiß zwischen Polen und Zentrum auch auf ein Zusammengehen beider Parteien im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hoffen lasse.

Das sind einige Momentaufnahmen vom Aufmarsch. Wo die stärksten Bataillone sein, wo mithin der Gott der Schlachten sein wird, es läßt sich nicht sagen. Im Interesse der freirechtlichen Entwicklung Preussens, des Reiches, des Blocks, wünschen wir, daß auf liberaler Seite umsichtige und kluge Strategen wie Taktiker, mutige und wohlbedingte Soldaten zu einem entscheidenden Schlage kommen.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. April 1908.

Herr v. Gerlach

Ist durch die Annahme des Vereinsgesetzes im Reichstage völlig aus seinem geistigen Gleichgewicht gebracht worden und es fällt in seinem Montagsblatt über die Freisinnigen in einer Weise her, auf die selbst das ruppigste Sozialistenblatt stolz sein könnte. Auf die politische Weisheit, die Herr v. Gerlach bei dieser Gelegenheit antrifft, wollen wir lieber nicht eingehen, um unseren Gegnern nicht Grund zum Stoff darüber zu bieten, daß ein Mann mit solchen finstlichen Anschauungen auch nur eine einzige Legislaturperiode hindurch freisinniger Abgeordneter sein konnte. Es sei uns nur zur Charakteristik dieses Demagogen gestattet, an einigen Stichproben zu zeigen, wie Herr v. Gerlach die freisinnigen Parlamentarier beschimpft:

„Der Blockfreisinn würdigt die ganzen Verhandlungen zur Frage Herab. Für ihn ist das Dogma, was hinter den Kulissen, was in verschwiegenen Ratskammern und inter pocula mit Bismarck verhandelt und von der Kommission gutgeheißen wurde. Da, wo es gilt, vor dem Volke Rechenschaft abzulegen, im hellen Lichte des Reichstages, da schweigt er. Der Reichstag wird zur Abstimmungsmaschine erniedrigt. Die Sehnsucht aller Reaktionen ist erfüllt. Der Freisinn hat das Edelmetall seiner Grundzüge fortgegeben und rühmt sich jetzt noch dessen, daß er wenigstens ein paar Scheidemünzen von Bismarck geschenkt bekommt. . . Wir tauschen ein Volksgesetz gegen andere Volksgesetze ein. Wir ertrogen ein paar kleine Verwechslungen und geben dafür das Kostbarste preis, was eine

### Die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung.

Von Max Fleischer (Frankfurt a. M.).

Als im Jahre 1882 der Frankfurter Nationalökonom Dr. Gottlieb Schnapper-Brand sein Werk: „5 Dörfergemeinden auf dem hohen Taunus“ veröffentlichte, als Ergebnis zweijähriger, sorgfältiger Studien, da war für die soziale Forschung mit einem Male völlig Neues erschlossen. Bis dahin verband man mit dem Namen Heimarbeit meist nur die Verfertigung von hausgemachten Dörfern des Thüringer Waldes und anderer Gebirgsgegenden, in welchen allerhand niedliches Spielzeug für unsere Kleinen hergestellt wurde. Hier aber zeigte ein streng sachlicher Forscher, in welcher schlimmer sozialer Lage sich herartige Heimarbeiter befinden. Andere Gelehrte, wie: Schmoller, Wäcker, Weber, Steudt, Heintz, Koch S. J. u. a. folgten dem Spuren Schnapper-Brands und der Dichter Gerhart Hauptmann, brachte 10 Jahre nach Schnapper-Brand den schlesischen Heimarbeiter in „den Weibern“ auf die Bühne. Nach aber machte sich das große Publikum nicht entfernt einen Begriff von der Mannigfaltigkeit der hausindustriellen Tätigkeit, von der Verbreitung derselben in den Gebirgsgegenden, wie auch ganz besonders in den Großstädten. Da mußte es den als eine recht glückliche Idee bezeichnet werden, das Interesse der Allgemeinheit durch den modernen Anschauungsunterricht: die Ausstellung für diese Heimarbeit zu erwecken. Berlin machte 1906 den Anfang, London folgte im vorigen Jahre und nun ist in Frankfurt a. M. seit wenigen Tagen die dritte Heimarbeit-Ausstellung eröffnet worden. Sie unterscheidet sich von der Berliner Ausstellung nicht nur durch den beträchtlich größeren Umfang, sowie durch ihren systematischen Aufbau, der sowohl geographische, wie auch sachliche Gesichtspunkte berücksichtigt, sondern es besteht ein ganz prinzipieller Unterschied zwischen beiden Veranstaltungen. In Berlin ging man von der bestimmten Voraussetzung aus, daß die Lage der

Heimarbeit in ihrer Gesamtheit durchaus trübsal und schlecht sei, daher suchte man mehr oder weniger durch die Veranschaulichung der trübsaligen Beispiele schlechten Verdienstes diese von vornherein aufgestellte Behauptung augenfällig. In Frankfurt dagegen ging man vorurteilslos an's Werk, man untersuchte die einzelnen Branchen in den verschiedenen Gegenden des sog. Rhein-Rainischen Wirtschaftsgebietes (Taunus, Odenwald, Spessart, Rhön, Vogelsberg, Westerwald, Rheinhessen) und suchte sich für die Ausstellung nicht einzelne ausnahmeweise gut oder ausnahmeweise schlecht bezahlte Erzeugnisse heraus, sondern war bestrebt, ein möglichst vollständiges Bild der mannigfaltigen Produktion zu geben. Wo man aber nicht alle Erzeugnisse ausstellen konnte, da nahm man unter allen Umständen das Typische, das Normale heraus. Ein weiteres, für den Besucher sehr wertvolles Prinzip besteht darin, daß man fast durchweg die Arbeitsmethode durch Verführung der einzelnen Arbeitsabschnitte veranschaulicht hat. Die Frankfurter Ausstellung bietet dadurch ein lebendiges Bild der hausindustriellen, das noch durch eine große Anzahl wohlgeplanter Innenaufnahmen von Heimarbeiterwerkstätten vervollständigt wird und das seinen wirkungsvollen Abschluß erhält durch die praktische Ausübung der hausindustriellen Tätigkeit in einer Reihe von Schauerwerkstätten. Wir sehen da den Federhalterdreher aus dem Odenwald, den Verfertiger großer Holzwaren aus der hohen Rhön, den Kunstschneider aus dem Eilenacher Oberland. Aus dem Taubersdorf Marjoh arbeitet ein Töpfer an der Drehscheibe, ein Korblechter aus dem Taunus hantiert mit Weibengerten und ein Ellenbeinschneider aus dem Odenwald schnitzt allerliebste Pierisfiguren. Wir können uns davon überzeugen, mit welcher Fingerrichtigkeit Frauenhände Christbaumzweige und Perlenfränge anfertigen. Besonders Interesse der weit städtischen Besucher erweckt ein alter Rhöndauer, der an einem noch älteren Webstuhl weißes Linnen webt. Ein Stück untergehender Dorfpoesie für den Dichter — ein ernstes soziales Problem für den Volkswirt.

Einem wertvollen Ueberblick über die Verbreitung der Heimarbeit nach Branchen und nach der Zahl der in denselben Beschäftigten, sowie nach dem Vorkommen von Frauen- und Kinderarbeit gibt eine große wirtschafts-geographische Landkarte des eingangs näher bezeichneten Gebietes.

Außer den Branchen, die eigene Schauerwerkstätten besitzen, gibt es aber noch eine große Zahl von Heimarbeitersiedlungen, welche besondere Beachtung verdienen. Da ist zunächst die sich um die Stadt Offenbach a. M. gruppierende Lederindustrie, welche einschließlich der Gehilfen von Handwerkerstellen über 2600 Personen umfaßt. Im Gegensatz zu der überwiegenden Zahl von Heimarbeitern besitzen diese eine starke gewerkschaftliche Organisation. Hier spielt auch das nicht immer gesunde Zwischengewerkschaften eine große Rolle. Ein Durchschnittswochenlohn von 22 Mark, der ermittelt wurde, besagt, daß die Verhältnisse dieser Gruppe verhältnismäßig günstig sind. — Im Hannau und Wachsenburg herum, dann aber auch im Siegener und im rheinischen Bezirk liegen etwa 2000 Zigarrenarbeiter, deren Verdienst schon wesentlich geringer ist. Vieles handelt es sich jedoch um Kranke und Invaliden, sowie ältere Leute, die jene relativ leichte Arbeit verrichten. — Ein überaus wichtiges Gebiet ist die Wäschekonfektion und Herrenkleidmacherel. Erstere beschäftigt wohl einige tausend Heimarbeiterinnen; ihr Verdienst variiert entsprechend der verschiedenen Geschicklichkeit zwischen 8 und 40 Pfennig pro Stunde. Der Durchschnitts-Nettolohn dürfte zwischen 12 und 20 Pf. liegen. Die Herrenkonfektion wird fast ausschließlich in Heimarbeit hergestellt, etwa 1800 Personen arbeiten in dem Gebiete, die zwischen 22 Pf. und 30 Pf. netto pro Stunde verdienen!

Neben diesen in den Großstädten und ihrer engeren Umgebung vertretener Heimarbeit mit verhältnismäßig hohen Stundenlöhnen treten die in den Gebirgsgegenden geübten Löhne beträchtlich zurück. So fand ich z. B. bei meinen eigenen Untersuchungen in der Rhön und im Odenwald 12 bis 15 Pf. Stun-

Vorteil überhaupt kann, ihr moralisches Fundament. Bisher wußte man glauben, der Freisinn sei wenigstens bei all seinen sonstigen Tünden ein ehrlicher Feind aller Unvollkommenheiten. Nun ist es mit diesem Glauben vorbei. Und damit mit dem Glauben an den Freisinn überhaupt.

Die sich die zunächst angegriffene Freisinnige Vereinigung zu ihrem Vorstandsmitgliede v. Gerlach stellt, daß sei fürs erste ihre Sache, meint die „Freisinn. Zig.“, um dann die freie Volkspartei folgendermaßen zu verteidigen:

Herr v. Gerlach erlaubt sich aber auch in seinem Artikel gleichzeitig zwei Männer Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei unter Nennung ihrer Namen, die sogar — höchst geschmackvoll! — zur Lebenschrift des Artikels gewählt sind, mit Schmutz zu bewerfen. Da ist es denn doch nötig, darauf hinzuweisen, daß niemand weniger das Recht besitzt, den Freisinnigen Besen zu erteilen, als ein politisches Chamäleon wie Herr v. Gerlach, der zu einer Zeit, als jene Männer Herren längst voll Eifer, Uebereizungstreue und Geschick die Sache der Freisinnigen Volkspartei führten, noch an der Seite der Junker stand und gemeinsam mit Stöder, Cöberländer und Genossen die antisemitischen Insultate ungeschicklicher Volkschächler brachte, um sich zu einer politischen Persönlichkeit herauszuschälen. Am lächerlichsten aber ist es, wenn Herr v. Gerlach all demohänischen Anhängern der Freisinnigen Volkspartei Vorhaltungen über „Verleugnung“ des Liberalismus machen will, während es doch kaum eine Verleugnung gibt, die er selbst nicht im Laufe seines zwar kurzen, aber vieljahrigen politischen Lebens verlegt hat.

**Woher den Franzosen der Appetit auf Marokko kommt.**

Der Appetit kommt beim Essen, sagt man. Die größte Marokko ähnliche Kolonie hat sich in den letzten Jahren so gut entwickelt, daß es kein Wunder ist, wenn die Franzosen ihr nordafrikanisches Gebiet zu erweitern bemüht sind. Wie die „Kolonialpolitische Korrespondenz“ erfährt, hat die Ein- und Ausfuhr in Alger während des abgelaufenen Jahres die bedeutende Ziffer von 774 Millionen Francs erreicht. In Tunis ist die kommerzielle Bewegung hauptsächlich infolge der wachsenden Phosphatausbeutung auf 206 Millionen gestiegen. Die französischen Besitzungen Nordafrikas, deren Umfah also circa eine Milliarde Francs beträgt, müssen demnach zu den großen Produktionszentren gerechnet werden. — Was die französischen Kolonien im allgemeinen betrifft, so belaufen sich die Beträge des Exports und Imports pro 1907 auf 1900 Millionen Francs. Ihre Flächeninhalt übersteigt den des Mutterlandes 18mal. Ihre Einwohnerzahl beträgt 40 Mill. Sämtliche überseeischen Besitzungen (mit der alleinigen Ausnahme des Kongo) haben heute ihr eigenes Budget, das ihnen die Ausführung großer öffentlicher Anlagen und Bauten ermöglicht. Das Mutterland hat nur noch die militärischen Kosten zu tragen, die sich übrigens jedes Jahr verringern. Wenn man bedenkt, daß das Kolonialreich Frankreichs vor 20 Jahren noch in seinen Anfängen stand, so ist der in diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraum erreichte volkswirtschaftliche Erfolg ein ganz bedeutender zu nennen.

**Deutsches Reich.**

(Fürst Bülow und der Vatikan.) Nach einer Information des „Giornale d'Italia“ aus dem Vatikan bestätigt sich die Mitteilung von gestern, daß Bülow's Besuch im Vatikan lediglich ein Höflichkeitsakt sein werde. Das defekte Verhältnis des Vatikan zur Kolonfrage schließe von vornherein jedweden politischen Charakter des Besuchs aus, der den Vatikan kompromittieren könnte. Immerhin werde dieser Höflichkeitsakt vor aller Welt dartun, wie herzlich nach wie vor die Beziehungen der Reichsregierung zum Papst sind.

(Der Deutsche Handelstag) hat für die erste Hälfte des Monats Mai eine Sitzung der Kommission zur Frage des Kleinhandels und eine Sitzung der Sonderkommission zur Frage des Postverkehrs in Aussicht genommen. Eine Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelskongresses wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juni stattfinden.

(Der Bund der technisch-industriellen Beamten) hat inachen nach einem Vortrage des Ingenieurs Thimm-Berlin über den Rechtsweg der technischen Erwerbstätigen eine Resolution an den Reichstag angenommen, in der anerkannt wird, daß die Novelle zur Gewerbeverordnungsordnung zwar einiges zur Verbesserung der rechtlichen Lage der technischen Erwerbstätigen beitrage, aber die weitergehenden berechtigten Wünsche nicht berücksichtigt werden. Neben einer Verbesserung des materiellen Rechts sei auch eine Verbesserung des materiellen Rechts und der großen Schlichterei. Kunstschlichter kommen auch höchstens auf 20-30 Pfg. Stundenlohn.

Außer den schon aufgeführten Heimarbeitbranchen im Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiet stellt die Industrie nach die folgenden dar: Webeschneiderei, Bürstenfabrikation, Korbschneiderei, Handtaschenherstellung, Nähmaschinenfabrikation, Kartonnagen- u. Papierenherstellung; ferner die Anfertigung von Haararbeiten, Strickerei und Häkeln; Schneiderei, Pflanzmaschinen; die Herstellung von Nadeln, Drahtwaren, Knöpfen und Nähnägen; Siebmanufaktur, Webereiererei, Polamentenherstellung, Filzschneiderei und Handwebereiererei, Hut- und Hüteherstellung; Schuhmacherei; Pelzwaren- und Schirmherstellung, Karfett- und Schreibwarenherstellung und noch manches andere.

Ein reiches Gebiet hausindustrieller Tätigkeit entwickelt sich hier vor unseren Augen; wir erkennen aus den Erzeugnissen, die an jedem Gegenstand befindlich sind, welche sorgfältige Arbeit der Verfertiger erzielt, aber wir erblicken auch daneben manch fremdenheres Bild. Wenn wir dann uns noch vergegenwärtigen, daß in diesen Fällen die Heimarbeit ein höchst erwünschter Inzuchtverdienst für die ländliche Bevölkerung dürftiger Gebirgsgegenden gewesen ist, wie nur durch sie eine Landflucht verhindert u. eine Bodenabständigkeit erhalten werden konnte, so kommen wir zu dem Resultat, daß es verfehlt wäre, die Handindustrie in Deutschland und Pagan zu verurteilen. Vielmehr gibt es vieles, sehr vieles zu bessern und zu ändern, und dazu wird die Französischer Veranstaltung genugsam Anregung bieten. Und dadurch wird die Ausstellung denartenden Nutzen stiften. — Wir werden ein anderes Mal noch auf die sozialwissenschaftlichen, besonders auch die sozialhygienischen Ergebnisse der Ausstellung zurückkommen, heute wollen wir unseren Lesern lediglich einen orientierenden Ueberblick geben.

**Buntes Feuilletton.**

— Das Gaudium der Gräfin Fabricie. Ein tragisches Schicksal ist einer deutschen Gräfin beim Betreten des englischen Bo-

zung des Rechtswesens anzustreben. Durch eine Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbebehörde könne eine Verschärfung des Verfahrens herbeigeführt werden.

**Badische Politik.**

Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer veranlaßte gestern nachmittag im Hotel Grasse in Karlsruhe das herkömmliche Fraktionessen. Die Mitglieder der Fraktion waren nahezu alle erschienen. Unter den Gästen nahmen Dr. Fürstin, Geheimrat Dr. Bunte und Landgerichtspräsident Dörner als Mitglieder der Ersten Kammer teil. Auch die linksliberalen Abgeordneten der Zweiten Kammer hatten der Einladung Folge geleistet. Nachdem zunächst der Fraktionschef Dr. Binz das Hoch auf den Großherzog ausgedrückt hatte, gab es im Verlauf des Mahles noch mande sehr pointierte Rede. Zahlreiche Freunde hatten ihr Fernbleiben telegraphisch oder brieflich entschuldigt, wie die Reichstagsabg. Wärfmann, Wed und Blankenhorn, sowie auch der Senior der Partei, C. Eckhardt, der 86jährig in Mannheim lebt. Sein Schreiben, das nicht ohne politischen Erinnerungswert ist, lautete:

„Mit großem Vergnügen würde ich einige fröhliche Stunden im Kreise meiner politischen Freunde zubringen. Der Tag des Festmahls, 7. April, würde mich in eine Zeit regloser eigener politischer Tätigkeit zurückversetzen. Das Jahr 1860 war für unser Baden keine herrliche Zeit und sie ist mir unergötzlich. Oftmals feierte ich seither den 7. April; jetzt verjagen mir hierzu die Kräfte. Im Geiste werde ich unter Ihnen sein und ich wünsche besten Verlauf der Feier.“

Die Festlichkeit, die so recht geeignet war, den guten Geist des Zusammenhalts innerhalb der Fraktion zu zeigen und zu fördern, verlief wirklich sehr stimmungsvoll.

**Koloniales.**

**Die Presse in den deutschen Schutzgebieten.**

Sieben ist die erste Nummer des neu herausgegebenen „Amtsblatts für das Schutzgebiet Kamerun“ in Deutschland eingetroffen. Es wird vom Gouverneur in Buca herausgegeben und enthält auf seinen vier schwarz-weiß-rot umrandeten Seiten nur Bekanntmachungen des Gouverneurs und Personalsnachrichten. Dieses Amtsblatt ist die erste in Kamerun selbst hergestellte Zeitung. Bisher wurde wie aus einer Zusammenstellung in der „Kolonialpolitischen Korrespondenz“ hervorgeht, dort nur die in Hamburg herausgegebene illustrierte, den Text in deutscher und der Quaalaprasche bringende Zeitschrift „Totombe von Kamerun“ verbreitet. Damit hat unsere Presse in den Schutzgebieten wieder eine zu begrüßende Bereicherung erfahren. In Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika hat sich auch die nichtamtliche Presse schon gut entwickelt. In Deutsch-Ostafrika erscheinen außer dem „Amtlichen Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“, der lediglich amtliches Material bringt, die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ in Darassalam und die „Ujambara-Post“ in Tanga. Außerdem erscheint in Tanga noch die Zeitung „Kiongozi“ in der Suahelispasche. Deutsch-Südwestafrika dagegen hat noch kein eigentliches amtliches Organ. Die private deutsche Presse beherrscht dort das Feld. In Swakopmund erscheint die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ und in Windhof erscheinen die „Windhofer Nachrichten“. Togo hat sein gut geleitetes „Amtsblatt für Togo“, das stets einen sehr wertvollen nichtamtlichen Teil hat mit vielen guten politischen und wirtschaftlichen Artikeln und Notizen. Im Schutzgebiet Samoa erscheint außer dem Amtsblatt des Gouverneurs die „Samoaianische Zeitung“ mit deutschem und englischem Text. Es bleibt nur Neu-Guinea bis jetzt völlig ohne einheimische Presse.

**Aus Stadt und Land.**

\* Mannheim, 8. April 1908.

**Zur Beratung des städtischen Budgets.**

III.

Die Beratung des städtischen Budgets hat gestern begonnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Herr Bürgermeister Martin dem verstorbenen Oberhaupt unserer Stadt, Herrn Dr. Otto Beck, einen ergreifenden Nachruf. Sodann wurden, bevor die Budgetverhandlungen ihren Anfang nahmen, noch ver-

denz angestrichen. Der Kammerherr Graf und Gräfin Fabricie aus Dresden wollten gestern vor dem Dower Richter erscheinen, da sie entgegen dem strengen Dunderinjurationsverbot verfahren hatten, ein Händchen vom Calaisdampfer in England einzuschmuggeln. Die Großin hatte etwas verdächtig beobachtet und bei nächster Unerkundung fand man, daß sie — unter den Kleidern einen Sack mit den inkriminierten Händchen verborgen trug. Der des Ehepaars verzeitende Anwalt machte die Inkriminierung des Geschehes bei seinen Klienten geltend, und so kam das Ehepaar sehr gelinde mit 100 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens davon. Der Hund wurde zur geistmäßigen Behandlung dem Tierarzt überwiesen.

— Verführung der Toledosi? Aus Florenz wird der „Zuf.“ geschrieben: Unsere Nachricht von dem Tode, der zwischen dem Ehepaare Toledosi ausgebrochen war, hat wenigstens eine gute Folge gezeigt, denn auch hobingebell ist beiden mag, auf wie lange Zeit? Die Toledosi haben sich nämlich wieder ausgesöhnt und vertragen sich scheinbar wieder sehr gut. Allerdings ist die Verführung nur indirekt eine Folge unserer Nachricht. Denn auf die Kunde von der bevorstehenden Ehecheidung haben sich allerlei Deliquente hader Herrschaften, denen offenbar viel daran lag, daß die Sache endlich beigelegt und in Ruhe bleibe, um die Vermittlung zwischen den ergrinten Ehegatten bemüht, und — das Werk ist ihnen gelungen. Sie trösten wieder in hohem Grade und schöner Eintracht zusammen. Den nicht geringsten Anteil daran hat die Großherzogin von Toscano, die bald nach jener Meldung zu Besuch bei der Herzogin von Parma in Plazoglio eintraf. Sie war über das, was ihr gemeldet wurde, sehr gefasst und erklärte, schon seit vielen Wochen genau darüber unterrichtet zu sein, daß trotz aller Dementis, die Herr Toledosi löstlich, zwischen den Ehegatten große Intimität herrsche und die Scheidung schon nahe vor der Tür gefunden habe. Die Großherzogin, die sehr zurückgezogen lebe, und keinerlei Besuche empfing, ließ sich täglich von dem Stand der Dinge und von dem Erfolg der Bemühungen unterrichten. Letztens wäre die Verführung, die eben erst zustande gekommen war, beinahe sehr schnell wieder in die Verhältnisse gegangen; und zwar in voriger Woche, als der König von Sachsen in Italien weise. Frau Toledosi beabsichtigte nämlich mit ihrem früheren Gemahl eine Zusammenkunft herbeizuführen, während sich naturgemäß Herr Toledosi diesem Plan widersetzte. So kam es zu neuen Zwistigkeiten, zumal die frühere Gräfin Montignoso erklärte, daß sie nur eine halbe Stunde mit dem König sprechen mußte, um

schiedene andere städtische Vorlagen beraten, deren zwei wichtigsten die Durchführung der Straßen durch das ehemalige Aufstellungsgelände und die Erhöhung der Hundetaxe bildeten. Die Frage der Erhöhung der Hundetaxe hat schon eine ziemlich lange Geschichte. Herr Oberbürgermeister Dr. Beck war ein eifriger Befürworter dieser Maßregel. Als vor 5 bis 6 Jahren erstmalig im Bürgerausschusse über die Erhöhung der Hundetaxe debattiert wurde und das Stadtvorordnetenkollegium den diesbezüglichen Antrag des Stadtrats nahezu einstimmig ablehnte, erklärte Herr Oberbürgermeister Dr. Beck in der ihm eigenen sorgfältigen Weise: „Nun denn nicht, wir können warten; aber es kommt die Zeit, in welcher sich eine Mehrheit im Bürgerausschusse für diese Erhöhung finden wird.“ Fast hätte es gestern den Anschein, als ob sich diese Prophezeiung unjeres bisherigen Oberbürgermeisters jetzt schon erfüllen sollte, denn während vor Jahren der Bürgerausschusse sich fast einstimmig gegen die Erhöhung der Hundetaxe erklärte, war gestern eine ansehnliche Minorität für diesen Vorschlag zu haben. Wer weiß, was die Zukunft bringt. Vielleicht hat sich in einigen Jahren diese Minorität in eine Majorität verwandelt, was sicher der Fall sein wird, wenn die gegenwärtige notorische Hundetaxe noch stärkere Dimensionen annimmt. Wieder wurde gestern das rührende Lied von dem „Hunde des armen Mannes“ gesungen, eine Melodie, die in allen Debatten über diese Frage bisher erklingen ist, nur glauben wir nicht recht an diesen „Hunde des armen Mannes.“ In der gestrigen Beratung wurde auch der weise Rat gegeben, daß man mit der Bestrafung der Besitzer von Hunden, welche die Anlagen und Häuser beschmutzen, energischer vorgehen soll, nur vergoß der betr. Stadtvorordnete anzugeben, wie man es anfangen muß, um auch alle Hunde, welche eine solche Unpäßigkeit gegen die städtischen Anlagen und die schön gestrichenen Fassaden der Häuser befanden, zu stellen und ihre Besitzer zu ermitteln. Daß die Hundetaxe in Mannheim immer unpaßbarer wird, bedarf kaum eines Nachweises. So finden z. B. morgens in der städtischen Stadterweiterung an den Straßenkreuzungen richtige Hundeversammlungen statt, deren Teilnehmer absolut nicht so gut gezogen sind, daß sie sich sonderliche Ekstase wegen der Belästigung der Passanten machen würden. In den letzten Tagen wurde, wie man uns mitteilt, auf dem Lindenhof eine Frau von einer mächtigen Bulldogge, ohne daß das Vieh irgendwie gereizt worden wäre, angefallen und an der Brust schwer verletzt. Als man dann den Eigentümer des Hundes zur Rede stellen wollte, blieb es in der betr. Wohnung mühsam still, so stark man auch läuten mochte. Der Besitzer des mächtigen Hundes hatte nicht einmal so viel Rücksicht und so viel Anstandsgefühl, es der Mühe wert zu halten, sich bei der verletzten Frau zu entschuldigen. Vielleicht war diese Bulldogge auch ein so „liebes Biestchen eines armen Mannes!“

Beim Eintritt in die Beratung des städtischen Budgets entband zunächst eine kurze Aussprache darüber, ob man von einer Generaldiskussion Abstand nehmen und sofort in die Spezialdebatte eintreten soll. Der Bürgerausschusse erklärte sich für den Wegfall einer Generaldiskussion. Ob allerdings dadurch irgend welche Zeiterparnis erzielt wird, dürfte fraglich sein, denn das Redebüchlein wird eben dann in der Spezialdebatte desto intensiver zum Ausdruck kommen. Es hat jedoch den Anschein, als ob große Streitfragen und Differenzpunkte nicht ausgetauscht werden.

Man trat zunächst in die Erörterung der Einnahme-Kommissionen ein. Bei Paragraph 2, Stenerrückstände von früheren Jahren, beantragte der Stadtvorordnetenvorstand, die eingezahlte Summe von 80 000 Mark auf 100 000 Mark zu erhöhen, ein Vorschlag, der um so berechtigter erscheint, als das Rechnungsergebnis von 1907 den städtischen Betrag von 32 235 Mark brachte, während im Voranschlag für das diesjährige Jahr gleichfalls 80 000 Mark eingezahlt waren. Die Stadtvorordneten stimmten der Erhöhung einhellig zu.

Bei Paragraph 3, Einnahme von Liegenchaften, wurde die Frage der Aufhebung des Kleinbrückengelbes aufgerollt. Es ist bedauerlich, daß es noch nicht möglich war, diesen alten Zapf abzuschneiden, jedoch darf man wohl hoffen, daß mit dem Ueber-

ihres Erfolges sicher zu sein. Die italienische Regierung belam aber von diesen hochstehenden Plänen der Frau Toledosi noch rechtzeitig Wind und ergreift Gegenmaßnahmen, da sie höchstwahrscheinlich davon überzeugt war, daß dem König von Sachsen sicher weniger daran liege, mit seiner früheren Gemahlin zusammen zu kommen, Dazumit ist die Zeitungsmeldung, daß das Gaudium der Gräfin während der Anwesenheit des städtischen Königs in Italien vollständig bewacht wurde, durchaus den Tatsachen entsprechend. Denn noch niemals geigte sich die italienische Regierung so besorgt um das Wohlfahrt der Bürger, wie damals, als sie durch eine ständige Schultwoche Frau Toledosi daran hinderte, einen unbedachten Schritt zu tun, der in ganz Europa unmissbares Aufsehen erregt hätte.

— Die Auferstehung der verschütteten Stadt Saint-Pierre. Dem Pariser „Temps“ wird gemeldet, daß am 21. Februar zum erstmaligen seit der katastrophalen Eruption des Mount Pelée, weicht am 8. Mai 1902 erfolgte und in wenigen Minuten die Stadt Saint-Pierre und 35 000 Menschen begrub, ein Dampfer der Transatlantischen Compagnie dazwischen angelassen sei. Um dieselbe Zeit besuchte auch der Gouverneur der Insel Martinique zum erstmaligen die Ruinen der einzigen blühenden Stadt. Er wurde vom Hr. Grondall empfangen, der zur Zeit des Erdbebens als Bürgermeisterstellvertreter fungiert hatte und von allen Funktionen der eingige war, welcher die Katastrophe überlebt hatte. Die großen Handelsbauten lassen den Schutt von ihren Baugruben räumen und sind ein- schlossen, neue Magazine und Warenhäuser baselbst aufzubauen. Wasser haben die Redden offiziell noch keine Stellung zu dem Projekt der Wiederaufbauung genommen, aber sie fördern die Sache, indem sie die Kaufmann und Einzelnen vom Schutt reinigen lassen. Werkmüdigerweise sind Straßenpflaster, Trottoirs und Kanalisation in gutem Zustand. Bei den Räumungsarbeiten wird man oft in erschütternder Weise an die Erdbebenstöße von 1902 erinnert. Der Boden ist mit gebrochenen Knochen besät. Unter Steinen und Ästen fand sich der vertrocknete Leichnam eines Kindes, der von giftigen Gasen erstickt wurde, während er schlafend auf einer Chaiselongue lag. Der obere Teil der Stadt, das mittlere Viertel derselben und die Umgehung des Hofens weisen bereits dicke Vegetation auf. Das Paragraf geduldet dort besonders Appli. Die Landwirte der Umgehung ziehen Nutzen aus diesem Zustand und lassen ganze Herden auf den Trümmern der Stadt weiden.

gang der Pfälzischen Bahn in das Bayerische Staatsbahndomäne endlich auch diese, eine schwere Befähigung des Publikums und eine Hemmung des Verkehrs darstellende veraltete Maßregel beseitigt wird. Möglich ist es allerdings auch, daß erst die Verlegung des Ludwigshafener Hauptbahnhofes nach dem zwischen Ludwigshafen-Mundenheim befindlichen Gelände und die dadurch notwendig werdende Herstellung einer weiteren Verbindung über den Rhein oberhalb der jetzigen Rheinbrücke und einen gebührenfreien Verkehr über den Rhein bringt. In weiten Kreisen der Ludwigshafener Bürgerschaft ist man der festen Überzeugung, daß die Verlegung des Hauptbahnhofes eine der dringlichsten Aufgaben sein wird, welche der Bayerischen Staatsbahnenverwaltung nach der Übernahme der Pfälzischen Eisenbahn entsteht, da die Verhältnisse immer unhaltbarer und unzulänglicher werden.

Bei diesem Paragraphen wurde dann auch die Frage der Abänderung der Bauordnung erörtert und von Herrn Stadtverordneten Sator Beschwerde geführt über die Verzögerung dieser für die Bürgerschaft finanziell weittragenden Angelegenheit. In hochförmlichen, geschickten Ausführungen entwarf Herr Sator ein Bild der Leidensgeschichte unserer Bauordnung, die schon so viel Staub aufgewirbelt und so viel Mißmut und Ärger unter den Bürgern hervorgerufen hat. Die Ansicht war nicht sehr tröstlicher Art. Eine Revision der städtischen Bauordnung müsse nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeister Martin mit Rücksicht auf das inzwischen erfolgte Inkrafttreten der neuen Landesbauordnung verschoben werden, eine sehr verständliche und wohl nicht zu umgehende Maßregel. Diese Verzögerung wäre ja nicht sehr schlimm, aber es scheint, als ob die Bestimmungen der Landesbauordnung einer durchgreifenden Revision der städt. Bauordnung sehr im Wege stehen. Die Landesbauordnung stellt den Grundriss auf, daß die Höhe der Häuser die Breite der Straßen nicht überschreiten soll. Nun hat zwar das Großh. Ministerium des Innern in einem in den letzten Tagen von ihm erlassenen Entschluß sich auf den Standpunkt gestellt, daß Abweichungen gestattet werden können, wenn dieselben nicht sehr erheblicher Natur sind. Aber der Begriff „erheblich“ ist eben wieder ein sehr behäbiger und kann in jener Stadt, ja, und in dieser Stadt so ausgelegt werden. Abgesehen werden schon jetzt über die neue Landesbauordnung, obgleich sie kaum in Kraft getreten ist, Beschwerden erhoben. So beklagte man sich in der letzten Vorstandssitzung der Handwerkskammer von Freiburg i. Br. darüber, daß die seinerzeit von den Praktikern gemachten Verbesserungsvorschläge von den Behörden abgelehnt worden seien, eine Erscheinung, die nicht neu ist und auch anderwärts und in anderen Fragen vorkommen soll. Besonders wurde darüber beklagt, daß nach der neuen Landesbauordnung die kleinsten baulichen Veränderungen und Ausbesserungen genehmigungs-pflichtig sind, während früher hierfür eine Anzeigepflicht bestand. Von dem Vorstand der Handwerkskammer Freiburg wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Behörden die neuen Bestimmungen nachsichtig auslegen, ein Wunsch, der wohl auch für Mannheim Geltung hat. Endlich ist in der Vorstandssitzung der Freiburger Handwerkskammer Klage geführt worden über die hohen Kosten, die durch die Innehaltung der neuen Bestimmungen der Landesbauordnung entstehen. So soll es vorkommen, daß die Kosten der anzuerkennenden Pläne sowie der Baukontrolle sich höher stellen als wie der Aufwand der ganzen Reparatur beträgt und wird nach dieser Richtung hin eine Milderung der neuen Bestimmungen erhofft. Es dürfte gut sein, wenn die Kommission, die sich mit der Aenderung der Mannheimer Bauordnung zu beschäftigen hat, diese gegen die neue Landesbauordnung erhobenen Klagen genau prüft und ihnen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sucht.

In der weiteren Debatte wurde gestern dann noch die Frage der Errichtung einer Markthalle berührt und mag als das Resultat dieser Aussprache wohl die Gewißheit bezeichnet werden, daß wir in absehbarer Zeit oder vielleicht als eine Markthalle bekommen. Es ist nicht zu verkennen, daß die vom Bürgermeisterlich gegen die Errichtung der Markthalle vorgebrachten Gründe und Bedenken sehr beachtenswert sind und vor einer Heberfärung der Angelegenheit warnen.

Die gestrigen Verhandlungen wurden von Herrn Bürgermeister Martin in vorzüglicher Weise geleitet. Er erwies sich in der Debatte als ein sehr gewandter und kenntnisreicher Mann, der alle Gebiete der Stadtverwaltung, so verschiedenartig sie auch sind, in gleicher Weise beherrscht und die Auffassung des Stadtrats in ebenso wirksamer wie überzeugender Weise vertritt.

und Sitten im Sinne der katholischen Lehre durch das Zentrum, das sich damit vom Boden einer unabhängig stehenden und national gesonnenen Partei entfernt hat. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Hoensbroech unter häufiger Unruhe und Unterbrechung, oft auch unter stürmischer Beifall der nunzeitlichen konfessionellen Charakter des Zentrums nach, welcher in letzter Zeit häufig ausbränden der Politik verhängt gelehrt wurde. Ihrer ganzen Organisation, Zusammensetzung, Leitung, Richtung und Gesinnung nach, wie auch aus ihrer Gründungsgeschichte klar hervorgeht, ist das Zentrum eine konfessionelle Partei und zwar diejenige, welche sich die Vertretung des Katholizismus in der Politik als Aufgabe gesetzt hat, was ja für jeden denkenden Politiker außer allem Zweifel steht und von Zentrumsführern wie Adren, Trimborn, Lehrenbach, Savigny u. a. offen zugegeben wurde. Auch in den Höflichkeitseinsparungen der Zentrums-presse wird diese Auffassung stets nachdrücklich vertreten. Das Zentrum sagt sich ohne Widerspruch der päpstlichen Verhängung „non expedit“, durch welche zum Beispiel in Italien bis in die letzte Zeit den Katholiken die Annahme des Wahlrechts einfach untersagt worden ist. Es steht durchaus auf dem Boden des Sollen in seinem Verhältnis zum modernen Staat und in dem von der Kirche herabgesetzten katholischen Staatsverständnis, an welchem die führenden Zentrumsgrößen mitgearbeitet haben, wird dieser Standpunkt überall festgehalten. In allen seinen Äußerungen hat sich also das Zentrum als eine ausgesprochen konfessionelle Partei gezeigt, zum Nachteil einer gesunden Entwicklung unseres deutschen Parteiensystems. In der Diskussion suchte zunächst Herr Hofmeister die Zentrumsverhältnisse den Ausführungen Hoensbroechs entgegenzusetzen. Graf Hoensbroech versuchte gleich nach ihm zu Wort zu kommen, wobei es unter wochenlangem Lärm zu einer Geschäfts-ordnungsdebatte kam, in deren Verlauf die anwesenden Gegner durch Säumen eine weitere Verhandlung unmöglich machten. Infolge dessen sah sich der Vorsitzende, Herr Dr. Wolf, gegen 12 Uhr zur Schließung der Versammlung genötigt, ohne den weiter vorgemerkten Rednern noch das Wort erteilen zu können. Jedenfalls hat die antikonstitutionale Vereinigung mit der heutigen überfüllten Versammlung, wie das uneheliche Verhalten ihrer Gegner beweist, einen gesunden Eindruck zu erzielen vermocht.

**Gewinnausstellung.** In einem Schaufenster der Anstehndlung Floride Gutmacher in D. 1. I. sind seit einigen Tagen die Gewinne für die Lotterien der Deutschen Generalkonsole (Verband Mannheim) ausgestellt. Der Erlös dieser Lotterie wird zur Unterstützung der Armen verwendet. Ein Teil des Erlöses wird u. a. der hiesigen Marien-Bildhauerei zugewandt. Die Ziehung findet am 12. April statt. Es hat noch Lose zu haben.

**Theater-Theater.** In dieser Woche bringt das Thalia-Theater wiederum ein Programm, welches als besonders hervorragend bezeichnet werden kann. Ein Hilm führt und das Leben und Treiben in der chinesischen Hafenstadt Shanghai vor, während das großartige, kolorierte Bild „Die drei Todsünden des Teufels“ in seiner plastischen Wirkung jeden Zuschauer fesseln muß. Des Lebens Tragik findet Verleörperung in „Liebe der Unterdrückten“ und „Verheißung und Glück“, während einige Darstellungen auf humoristischem und gesanglichem Gebiete den Abgang des Ganzen bilden.

**Stand der technisch-industriellen Beamten.** Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen hält am Freitag, 10. d. M., im großen Saale des Bernhardsbüchsen eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Prof. Geh. Hofrat Dr. Götthard über: „Rufen und Bedeutung volkswirtschaftlicher Bildung für den Techniker“ sprechen wird. Die Plukationen in unserem Berufsleben haben seit geraumer Zeit bargetan, daß zutragende Notwendigkeit dem Techniker gebietet, sich ebenfalls auch mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Das kann schon darin zum Ausdruck, daß 1904 in dem Bund technisch-industrieller Beamten die erste Technikerorganisation entstand, die einzig und allein soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgte. Ein wichtiger Programmpunkt fordert die Pflege und Vertiefung volkswirtschaftlicher Bildung für den Techniker und besonders auch für den technischen Privatbeamten. Der Wert solcher Forderung befindet sich schon dadurch, daß andere technische Vereine und Korporationen sich gleichfalls offiziell mit der Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen befassen. Es darf somit angenommen werden, daß der angeführte Vortrag weitestgehendes Interesse begegnen wird und erwartet, daß Chemiker, wie Ingenieure und Techniker sich zu ähnlicher zahlreicher Besuche einfinden. Gewissermaßen wollen man den Anwesenden in dem Besonderen entnehmen.

**Die diesjährige Kreisversammlung** findet, wie bereits mitgeteilt, kommenden Dienstag, den 14. April im Rathsaal statt. Nach dem Kreisvoranschlag betrug der Betriebsfonds am 1. Januar 1908 48715,70 M. Die nach dem neuen Vermögensvergleichsresultat für 1908 zusammengestellten freiwirtschaftlichen Steuererträge und Steuerzuschläge betragen für die Stadt Mannheim mit den Vororten Käferthal, Waldhof, und Redarau 2 071 963,90 M. (+ 1110 389,329 M.), für den Landbesitz Mannheim 240 365,500 M. (+ 139 365,500 M.), für den Landbesitz Schweddingen 129 117,480 M. (+ 55 587,345 M.), für den Landbesitz Weidenheim 178 788,810 M. (+ 85 264,657 M.), im Ganzen also 2 620 235,000 M. (+ 1 398 776,836 M.). Die Ausgaben des Jahres 1908 sind veranschlagt: laufende Ausgaben 406 664,96 M., für Schuldentilgung 9000 M., zur 305 964,96 M. Als Reservevermögen und laufende Einnahmen ohne die Kreisumlage sind vorgelesen 148 797,96 M., somit Mehrerträge 357 157 M., zu deren Deckung eine Umlage von 1,4 Pfg. pro 100 M. auf den Kreisbeitragswert und -Ansprüchen von 2 620 235,000 M. oder 666 637 M. nötig ist. Im Vorjahr war der Umlagefuß auf 2,7 Pfg. festgesetzt. Die Mehreinnahmen mit 9680 M. werden zur Stärkung des Betriebsfonds verwendet. Im vorig. Jahr war die Umlage unter allen hiesigen Kreisen die zweiniedrigste und wurde nur von Mosbach übertroffen, wo 26 Pfg. pro 1000 M. Steuerkapital erhoben wurden. — Aus dem allgemeinen Geschäftsbericht des Kreisverbandes für 1907, der wieder vom Vorsitzenden, Herrn Reichsanwalt A. J. J. erstatet und mit einem Hinweis auf das hiesige Großherzog Friedrich I., des Schöpfers der Kreisverfassung, eingeleitet wird, ist folgendes bemerkenswert: Ein Kreisbeitragswert fand im Jahre 1907 nicht statt. Ein solcher wird im Frühjahr 1908 in Offenbach voranschläglich abgeholt werden. Es soll dieselbe Stellung annehmen werden zu dem von Seiten des Verbandes hiesiger Arbeitnachsweise am 28. September 1907 beim Ministerium des Innern gestellten Antrag, den beiden hiesigen Städtegemeinden einen Gehaltentwurf zu unterbreiten, wonach die Fürsorge für wandernde Arbeitslose und dem Beispiel der Kreise Willingen, Konigs, Waldhüt und Lörzsch — durch Errichtung von Naturverpflegungstationen — im ganzen Lande einheitlich geregelt werden soll. Die vom Großh. Ministerium veranlaßten Erhebungen, ob die jetzt im Kreis Mannheim bestehenden Einrichtungen für wandernde Arbeitslose (Arbeitsnachweisanstalten, sonstige Hilfsorg.-Einrichtungen, wie Vereine gegen Bettel, Herbergen zur Heimat etc.) entsprechend und ausreichend sind, oder ob und in welcher Richtung eine Ergänzung (etwa im Sinne des Antrags des Verbandes der hiesigen Arbeitnachsweise) als ein Bedürfnis zu erachten ist, sind noch nicht abgeschlossen. Die Kreisversammlung hat im Jahre 1908 die Errichtung von Naturverpflegungstationen im Kreis Mannheim abgelehnt mit der Begründung, daß nach dem damaligen Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung durch die Errichtung der Verpflegungstationen etwas gutes nicht gescha-

fen werden konnte. Die verschiedenen Obst- und Gemüse-Sonderausstellungen der Mannheimer Jubiläums-Ausstellung haben belehrend gewirkt und zu neuen Anregungen, besonders hinsichtlich der Sortierung, Aufbeahrung, Verpackung und Konservierung der Früchte, Veranlassung gegeben. Infolge der geringen Obsterträge des Jahres 1907 konnten die Obstausstellungen von Seiten des Kreises Mannheim in so reichem Maße, wie es erwünscht gewesen wäre, leider nicht besichtigt werden. Von dem im Voranschlag 1907 für die Sonderausstellungen vorgesehenen Mitteln von 2000 Mark wurden daher auch nur 940 Mark verwendet.

**Mittelrheinischer Fabrikanten-Verein.** Am Donnerstag den 9. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr, hält der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz im Kasino „Zur Gutenbergs“ eine Vereinsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Herrn Landesbauinspektors G. Reichele-Darmstadt über die mit der Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung in Darmstadt 1908 verbundene Spezialausstellung von Arbeiterwohnungen und die Arbeiterwohnungsfrage im allgemeinen. Am Nachmittag findet eine Besichtigung der Schlichter-Verbreunungsanstalt und des Städtischen Elektrizitätswerkes in Wiesbaden statt. Abfahrt von Mainz-Brüdenplatz (am Rheinufer oberhalb der Straßenbrücke) mit der elektrischen Straßenbahn Mainz-Wiesbaden um 2 Uhr 30 Minuten. Treffpunkt für diejenigen Mitglieder, die nicht an der Versammlung teilnehmen können, entweder die Abfahrtsstelle der Straßenbahn in Mainz oder die Schlichter-Verbreunungsanstalt in Wiesbaden (Mainzerstraße).

**Der Verband der Möbelkäufer von Süddeutschland** hielt in Karlsruhe seine Verbandssammlung ab. Mit dem Schupverband der Möbelkäufer für Rheinland und Westfalen, der durch zwei Herren vertreten war, sollen Verhandlungen eingeleitet werden, die ein Kartellverhältnis zwischen Nord und Süd bezwecken. Ueber diesen Gegenstand fand eine eingehende Aussprache statt. Es wurden dann noch interne Angelegenheiten verhandelt, u. a. einige Aenderungen der Statuten vorgenommen. Als Vorort wurde die Vereinigung Straßburg mit dem Vorsitzenden Herrn R. Steinthal gewählt.

**Ermittelter Ausreißer.** Das seit Sonntag vermisste 12-jährige alle Söhnen des Reichsrichters W. R. L. konnte bereits am Montag wieder den besorgten Eltern übergeben werden. Der Kleine hat am Sonntag den um halb 3 Uhr nachmittags von Redarau abgehenden Zug der Nebenbahn besiegen und die Fahrt bis zum Endpunkt über Heidelberg-Weinheim unbeanstandet mitgemacht. In der Redarau wurden bei eintretender Dunkelheit 2 Jungen auf ihn aufmerksam und brachten ihn in Genesheim. Als er tags darauf von seinem Vater abgeholt und von Reichelt gemacht wurde, meinte er lakonisch: „Morgen fahre ich mit der großen Bahn“ (gemeint Main-Redarau).

**Beratung des städtischen Voranschlages für 1908**

am Mittwoch, den 8. April.  
Zweiter Tag.

Bürgermeister Martin eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr in Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Die Beratung wird bei Einnahmestück 71 „Von Wegen, Kanälen, Wasserleitungen, Badeanstalten und dergl.“ fortgesetzt.

In dieser Position lag folgender sozialdemokratischer Antrag vor: Den Stadtverordneten ist freizulassen auf der Straßenbahn zu gewahren.

St. Klein (Soz.) führt in der Begründung des Antrages aus, daß dieser Antrag nicht neu sei. Der von der Stadt hierfür berechnete Einnahmefall von 18000 Mark könnte man nur dann annehmen, wenn sämtliche Bürgerauschüßmitglieder im Besitze von Jahreskarten wären. Das trifft aber nicht zu. Er glaube, daß kaum ein Drittel der Bürgerauschüßmitglieder im Besitze von Jahreskarten seien. Die übergroße Mehrheit sei auch nicht dazu in der Lage, soweit wenigstens seine Fraktion in Betracht komme. Hervorgehoben möchte er, daß füglich in Frankfurt a. M. ein dergleicher Antrag ebenfalls gestellt und angenommen wurde. Die Bürgerauschüßmitglieder von Redarau, Käferthal etc. bekämen allerdings eine kleine Entschädigung. Damit sei aber den Bürgerauschüßmitgliedern von Weidenhof, Redarau, Waldhof usw. nicht gebiert. Was in Frankfurt möglich sei, müsse auch in Mannheim möglich gemacht werden. Der finanzielle Ausfall dürfte also nicht allzu schwer ins Gewicht fallen. Er erfinde die Anwesenden, diesem Antrage zustimmen. Im Bürgerauschüß sowie in der Presse sei schon des öfteren auf die Verschleimung des Umbaus der offenen Wagen hingewiesen worden. Dies lasse immer noch sehr zu wünschen übrig. Es sei hervorgehoben worden, daß der Umbau ziemlich viel Kosten verursachen würde, und daß es auch nicht möglich sei, eine große Anzahl von Wagen aus dem Betrieb zu entziehen. Im Voranschlag von Karlsruhe für 1908 sei ein Betrag von 26000 Mark für diesen Zweck eingelegt worden. Weiter sei ihm mitgeteilt worden, daß die Arbeiter von Braun u. Boveri besonders Vergünstigungen auf der Straßenbahn gewährt werden. Den Arbeitern der Redarauvorstadt sollte diese Vergünstigung oder ebenfalls gewährt werden. Die Abortanlage in dem Depot lasse viel zu wünschen übrig. Auch sei zu wenig Handwerkszeug vorhanden. Diesen Mängeln sollte abgeholfen werden. Der Redner kommt auf den Streit bei G. O. Meyer zu sprechen und bemerkt, die Stadt müsse bei Streiks auf neutralem Boden stehen.

St. Esch tritt für die Vernehmung der Doppelwagen auf der Redarauer Straße ein. Es werde zwar sehr häufig Doppelwagen nach Redarau, aber sie genügen nicht.

St. Schweikart spricht sich gegen die Gewährung von Freifahrten für die Stadtverordneten aus.

St. Gensheimer begründet eine Resolution, die die Einführung von Fahrkarten beschränkt fordert, damit die Fahrkartenentwerter vermieden wird. Der Reichsstatistiker habe jährlich aus den Annoncementsarten eine Steuer von 15-18000 Mark. die erstatt werden könne. Was in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg etc. möglich sei, sollte auch hier durchgeführt werden können.

St. Koll schließt sich den Ausführungen des St. Esch an und befürwortet die Einführung des 5 Minutenbetriebs auf der Redarauer Linie für den ganzen Tag. Außerdem sollte die Taggrenze vom Redarauer Bahnhof zum Ende der Unter Wilhelmstraße verlegt werden. Dadurch würde die Straße wesentlich verbilligt.

St. Hoffstaetter befürwortet in der ihm eigenen drastischen Weise die Beseitigung des bürokratischen Systems bei der Behandlung der Taggrenzen.

St. Bender bemerkt, nachdem eine Verjüngung bestünde, daß die in den Vororten wohnenden Stadtverordneten eine Vergütung bekommen, halte er es nicht für angebracht, daß alle Bürgerauschüßmitglieder Freifahrten bekommen. Die Freifahrten würden zu 99 Prozent privaten Zwecken dienen. Wenn man auf diesem Wege weiterträte, müßte man ähnliche Veranlassungen



Theater, Kunst und Wissenschaft.

Gesangs-Aufführung Albert Dieber.

Der frühere Domjäger Lewinsky berichtete kürzlich eine Kuriosität aus dem Leben der „unbegrenzten Möglichkeiten“.

Es berührt daher immer angenehm, wenn man heute einem Gesangslehrer begegnet, der durch vernünftigen, zielbewussten und kunstverständigen Unterricht jeder Individualität gerecht zu werden versteht.

So hatte man im ganzen den Eindruck, daß hier mit Ernst und seltenem Verständnis gearbeitet war, und der große äußere und bei Schüleraufführungen besonders auffällende künstlerische Erfolg war in jeder Hinsicht verdient.

Dr. H.

Die Gutenbergforschung ist, so schreibt uns unser Weinheimer Korrespondent, durch einen dieser Tage von Herrn Ernst Fischer in Weinsheim gemachten Fund um einen Schritt weitergerückt.

Ein eifrig-lehrreiches Kunstmuseum, welches sich die Pflege des heimischen Kunstgewerbes zur Aufgabe macht, ist in Stralburg gegründet worden.

Biographie in einem längeren illustrierten Aufsatz besprochen. Für die Handmahl sorgt ein Artikel „Die köstliche Quartette für die Pflege der Kunst in Haus und Salon“.

Die Wirkung der Musik. Schon mehrfach ist die Verschiedenheit der Wirkung, die eine reinmelodische oder eine rein harmonische Musik auf Menschen und auch auf manche Tiere ausübt, Gegenstand interessanter Untersuchungen gewesen.

Das Wiener Johann-Bronn-Denkmal ist jetzt geküchert. Wir haben den originellen Denkmalsentwurf Professor Hellmers, dem jetzt die Ausführung übertragen worden ist, schon früher besprochen.

Volkswirtschaft.

A. C. Internationaler Eisenmarkt.

Charakteristisch für die Entwicklung der Eisenindustrie in der gegenwärtigen Rückgangperiode ist es, daß das Angebot der schwächeren Nachfrage möglichst anzupassen gesucht wird.

Auch in Deutschland sind keinerlei Anzeichen zu bemerken, daß das Frühjahrsgetriebe wieder eine härtere Artzung bringen wird.

Am Geldmarkt war der Privatdiskontsatz unverändert 1 1/2 pCt., das Ausland ist wieder als Käufer am Markt.

c. Der Wasserstand des Rheines ist zur Zeit sehr hoch im Vergleich mit den letzten Jahren.

wieder ein Fallen des Wasserstandes gemeldet. Der Schleppbootverkehr ist sehr zu wünschen übrig; der meiste Verkehr liegt bei den Bergfahrten.

Die Erhöhung der Kohlenpreise für einige Sorten bringen seit gestern die offiziellen Notierungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels in amtlichen Ausdrücken der Essener Börse zum Ausdruck.

Anwachsen der Kohlvorräte. Die Vorräte von Kohle nehmen, wie die „Rhein. Volksztg.“ schreibt, immer mehr zu und haben auf einigen größeren Lagerplätzen des Kohlenhandels bereits bedeutenden Umfang angenommen.

Maschinenfabrik Grigner, A.-G., Durlach. In der Generalversammlung der Maschinenfabrik Grigner, Aktiengesellschaft in Durlach wurden alle Anträge einstimmig genehmigt und die Dividende auf 15 Prozent festgesetzt.

Die Generalversammlung der Bank des Rheinischen Banerensvereins, Aktiengesellschaft in Köln beschloß, daß das Aktienkapital von M. 1.000.000 auf M. 2.000.000 erhöht werden solle.

In der Generalversammlung des Eisenwerks Mündens, Aktiengesellschaft, die einen recht köstlichen Verlauf nahm, gab der Vorsitzende zu, daß Mängel vorhanden seien und sagte deren Abheilung zu.

Die Generalversammlung der Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau (Eink) legte die Dividende auf 20 Prozent fest. Auf Anfrage erklärte der Vorstand, daß alle Betriebe für das ganze Jahr bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt seien.

Der Grundpreis für Kupferschalen wurde um 3 Mark erhöht und beträgt jetzt 194 Mark für 100 Kg. Neues vom Dividendenmarkt. Die A.G. für Glasindustrie vorm. Jhr. Siemens in Dresden schlägt wieder 10 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von M. 10 Mill. vor.

Die Aktienbank-Diskont 5 1/2 Prozent. Wechsel. Amsterdam kurz 168.67 168.66. Berlin kurz 81.25 81.20. London kurz 20.412 20.412.

Table with 2 columns: Aktien industrieller Unternehmen and Wechsel. Lists various companies and their stock prices.

Staatspapiere. A. Deutsche

Table of German state securities including Reichsbank, Pr. Konf., and various bonds with prices and yields.

Bergwerks-Aktien.

Table of mining stocks such as Wodumer Bergbau, Concorvia Bergw., and others.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Kaufleute.

Table of transport company stocks including Ost. Südbahn, Nordb., and others.

Handbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table of handbills and priority obligations for various banks and companies.

Leih- und Versicherung-Aktien.

Table of loan and insurance stocks including various bank and insurance companies.

Frankfurt a. M., 8. April. Kreditaktien 101.00, Staatsbahn 146.50, Lombarden 24.40...

Mannheimer Effektenbörse

Table of Mannheim stock exchange prices for various companies and sectors.

Die heutige Börse verlief in stiller, aber fester Haltung. Gefragt wurden: Rhein. Hypothekendarlehen-Aktien zu 192.50 Prozent...

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock exchange prices for various securities and bonds.

W. Berlin, 8. April. (Telegr.) Nachbörse. Kreditaktien 900.00, Staatsbahn 146.70...

Pariser Börse.

Table of Paris stock exchange prices for various securities.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock exchange prices for various securities.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, and other goods.

Telegraphische Handelsberichte.

Aluminiumindustrie-Gesellschaft Rheinhauten. Die Dividende wird von 26 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt... B. Chemische Werke vorm. H. u. G. Albrecht, Viehbach a. Rh.

Preisnotierungen der Börsekommission des Vereins von Holzinteressenten Süddeutschlands

Table of wood price quotations for various types of timber and wood products.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table of prices for various goods and services offered by Marx & Goldschmidt.

Er ist um die Ecke im nächsten Laden... Das beste ist gerade gut genug... Text regarding local businesses and products.





